



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

in der Frage des richtigen Umgangs mit Flüchtlingen dürfen wir uns nicht unter Druck setzen lassen. Schnelle Lösungen, die ein vereintes Europa gefährden, führen hier nicht weiter. Die Politik unserer Bundeskanzlerin Angela Merkels ist ausgeglichen, klug und nachhaltig. Es kann uns Deutschen nicht darum gehen, kurzfristige - wenn überhaupt - Erfolge in der Innenpolitik zu erringen, wenn wir damit außenpolitische Ergebnisse gefährden. Das von Bundesinnenminister Horst Seehofer gestellte

Ultimatum an die Kanzlerin halte ich für völlig unangebracht. Ich habe den Eindruck, Teilen der CSU geht es vor allem um einen Rücktritt Merkels. Es ist doch eigentlich unglaublich, dass man die Rolle von Koch und Kellner völlig verwechselt. Und solange Angela Merkel unsere Kanzlerin ist, ist doch klar - das sind die Spielregeln -, dass sie die Richtlinienkompetenz hat - aus meiner Sicht sogar Gottseidank.

Auf den Weg gebracht haben wir die Reform der Pflegeberufe. Anstelle von drei verschiedenen Ausbildungsgängen wird die Ausbildung künftig in den drei Feldern Krankenpflege,

Kinderkrankenpflege und Altenpflege verzahnt. Die Auszubildenden können nach den ersten beiden Jahren generalistischer Ausbildung entscheiden, ob sie diese im dritten Jahr fortführen oder sich zum Kinderkranken- oder Altenpfleger ausbilden lassen wollen. Die reformierten Ausbildungsgänge sollen am 1. Januar 2020 starten.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst
Ihr

Mit jungen internationalen Menschen im Gespräch



Nr. 14/19. WP
29. Juni 2018

Mit Unterstützung vom Bund Deutscher Dialog Institutionen treffen sich junge Menschen von allen Enden der Welt, diesmal in Deutschland, um mit Ihrem

Gesang und Tanz für ein paar Tage miteinander zu reden und zu leben. Einige davon durfte ich heute bei mir im Berliner Büro empfangen. Erzählt, gefragt, gesungen. Im Austausch mit Abgeordneten wollen wir ihnen helfen auf ihrem schwierigen Weg in eine bessere Welt Orientierung und Selbstbewusstsein zu gewinnen. In den Gesprächen hat sich wieder einmal mehr gezeigt, dass der größte Reichtum den wir besitzen, unsere Kultur ist.

Europas Rolle in der Welt

Am Mittwochabend (27.6.2018) folgte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Norbert Röttgen, meiner Einladung zu einer Veranstaltung an die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt. Im Mittelpunkt stand dabei "Europas Rolle in der Welt - zwischen transatlantischer Krise, russischen Verunsicherungen und politischen Herausforderungen in der Nachbarschaft".

Nach der Begrüßung durch den amtierenden Präsidenten der Universität Prof. Stephan Kudert sprach Röttgen über die aktuellen außenpolitischen Herausforderungen Deutschlands und Europas in der gegenwärtigen Welt. Seine Überzeugung ist: Wir leben in einer Zeitenwende, in der politisch nichts mehr so ist, wie es war, und in der wir unsere Identität neu bestimmen und unsere Möglichkeiten suchen müssen. Deutschland kann nur in und mit Europa gemeinsam die notwendige Kraft gewinnen, um als Partner in einer sich neu ge-



Copyright: Heide Fest

staltenden Welt ernst genommen zu werden.

Auf den spannenden, hervorragend strukturierten und inhaltlich mitreißenden Impulsvortrag folgte eine anregende Diskussion mit Prof. Timm Beichelt und Interessenten aus dem Publikum, moderiert von Gabriele Freitag, Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. An diesem Abend ist klar geworden, dass die Europäische Union nur dann mit den anderen Großmächten China, USA und Russland auf gleicher Augen-

höhe verhandeln kann, wenn sie mit einer Stimme spricht, aber aus der Position, die uns erwachsen ist: der Anerkennung und der Gewaltlosigkeit. Wir haben in Europa eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Wertvorstellungen. Deshalb muss unablässig um Einigkeit in Europa gerungen werden.

Mein Fazit: Die beste Politik für Deutschland ist eine gute Europapolitik, die uns auch etwas kostet: an Verständnis der anderen, an Kompromissen und auch an Geld.

Baukindergeld ohne Wohnflächenbegrenzung

Angesichts des großen Bedarfs an Wohnraum wollen wir einen schnell wirksamen Impuls für die Eigentumbildung von Familien setzen. Wir werden für den Ersterwerb von Neubau und Bestand im Zeitraum ab 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020 ein Baukindergeld in Höhe von 1.200 Euro je Kind und Jahr einführen, das für einen Zeitraum von zehn Jahren gewährt wird. Das Baukindergeld wird flächendeckend bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000

zu versteuerndem Einkommen pro Jahr zuzüglich 15.000 Euro pro Kind gewährt. Die von der SPD gewünschte Begrenzung der Wohnfläche wird es nicht geben.

Darüber hinaus werden wir für Maßnahmen ab 1. September 2018 bis zum 31. Dezember 2021 die Abschreibungsbedingungen für den frei finanzierten Wohnungsbau wie im Koalitionsvertrag vorgesehen zusätzlich zur linearen Abschreibung um fünf Prozent pro Jahr für vier Jahre erhö-

hen, um auch steuerliche Anreize für den Wohnungsbau zu setzen.

Zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus werden wir über die im Koalitionsvertrag bis 2021 bereits vorgesehenen zwei Milliarden Euro in 2019 weitere 500 Millionen Euro bereitstellen. Die Städtebauförderung wird im Bundeshaushalt ab 2019 auf dem Niveau des Jahres 2018 stabilisiert.

Zwangsadoptionen und ungeklärter Säuglingstod

Waren Zwangsadoptionen in der DDR ein gängiges Mittel, um gegenüber dem System feindlich eingestellte Eltern zu bestrafen? Wurde gar ein plötzlicher Kindestod vorge-täuscht, um diese Kinder dann an linientreue Eltern zur Adoption freizugeben? Mit diesen Fragen beschäftigte sich eine Anhörung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages am Montag (25.6.2018). Anlass war eine Petition der „Interessengemeinschaft Gestohlene Kinder der DDR“. In der Anhörung wurde schnell klar, dass es bislang keine Belege dafür gibt, dass auch nur ein einziges Kind für tot erklärt und zur Adoption freigegeben wurde. Alle

eingeladenen Experten hegten auch größte Zweifel, dass das aufgrund der großen Zahl der Beteiligten überhaupt durchführbar gewesen wäre. Am ehesten für denkbar hielt der Historiker Christian Sachse solche Fälle bei Schwangeren, die in Jugendwerkhöfen einsaßen. Aber auch dafür fehlt bislang jeder Beleg.

Aber auch für Zwangsadoptionen in größerem Umfang fehlen bislang die Indizien. Die Juristin Marie-Luise Warncke vom Zentrum für Zeit-historische Forschung Potsdam hat in ihren bisherigen Untersuchungen sechs Fälle von Zwangsadoptionen nachgewiesen. Ziel sei es gewe-

sen, die Eltern zu bestrafen, etwa wegen Republikflucht. Alle Experten waren sich einig, dass beide Komplexe weiter erforscht werden sollten, wenn auch getrennt voneinander, was schon aufgrund der unterschiedlichen Aktenlage sinnvoll sei. Darum ist es zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht möglich, eine belastbare Angabe über die Gesamtzahl der Zwangsadoptionen zu machen. Wir sollten diese Untersuchungen unbedingt durchführen, um den betroffenen Eltern die größtmöglichen Chancen zu geben, die Schicksale ihrer Kinder aufzuklären. Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang, dass die Bundesländer ihre Akten nicht auf zu viele Ämter aufteilen.

Ehemaliger israelischer Botschafter in Frankfurt (Oder)

Der ehemalige Botschafter Israels in Deutschland Avi Primor (1993-1999) war im Rahmen der Veranstaltungsreihe "70 Jahre Israel" auf meine Einladung in Frankfurt (Oder) zu Gast. Das Kleist-Museum als idealer Veranstaltungsort gab uns Raum. Die gut besuchte Veranstaltung wurde zur tatsächlichen Hilfe zum Verstehen der siebzigjährigen Entwicklung Israels unter schwierigsten Rahmenbedingungen. Diese kennzeichnen und gefährden noch bis heute die Existenz der neuen und einzigen Heimstätte für Juden in der Welt. Besonders gelang es Avi Primor für die scheinbar unlösbaren Konflikte zwischen Israel und Palästinensern Lösungsmöglichkeiten ohne Gewaltanwendung aufzuzeigen,

die wie "Fenster in bisher geschlossenen Räumen" neue Perspektiven erkennen ließen und sowohl den Juden als auch den Palästinensern eine friedliche Zukunft ermöglichen. So habe ich es empfunden. Bei der Verabschiedung sagte ich, und das entsprach dem Empfinden vieler Teilnehmer,

dass viel mehr Menschen Avi Primor hätten hören müssen. Nun müssen wir Veranstaltungsbesucher seine Botschaften in unseren Kreisen weitersagen. Die Initiative für die Einladung von Herrn Primor nach Deutschland geht auf die Konrad-Adenauer Stiftung zurück.



V.l. Avi Primor, Martin Patzelt, Peter Wolff (stellv. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung) Fotorechte: Winfried Mausolf

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Joram Ulmke
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Flüchtlinge als Erntehelfer

Es ist mir unbegreiflich, dass es märkischen Obst- und Gemüsebauern immer schwerer fällt, genug Erntehelfer zu finden. Sie haben Probleme, weil polnische Arbeitskräfte wegbleiben, die daheim gute Jobs finden. Diese Lücke könnten im Land lebende Flüchtlinge füllen. Seit zwei Jahren fordere ich, dass sie nach Abschluss ihres Asylverfahrens sofort in eine zumutbare Arbeit vermittelt werden. Das wäre die beste Integrationshilfe. Wer das Jobangebot nicht annimmt, dem werden die Leistungen gekürzt.

Wo immer ich bisher meinen Vorschlag präsentiert habe, habe ich Beifall bekommen und dann eine Absage. Dabei wären alle mir vorgelegten Probleme

leicht lösbar, wenn zum Beispiel Obstbauern oder andere Unternehmer Flüchtlinge zur Erledigung ihrer Aufgaben ebenso zur Arbeitsstelle transportieren, wie sie das mit deutschen Arbeitnehmern tun.

Es stimmt einfach nicht, dass Flüchtlinge als finanziell günstige Arbeitskräfte etatmäßige Jobs gefährden würden. Es gibt mehr als genug Arbeit. Auch eine Haus-Krankenpflegerin würde sich freuen, wenn bei ihrer Tour jemand dabei wäre, der beim Betten der Patienten mit anpackt.

Ich kann nur mit dem Kopf schütteln, wenn ich höre, dass nun mit hohem bürokratischem Aufwand Erntehelfer in Nicht-EU-Ländern wie der Ukraine gesucht werden. Wir haben genug Leute hier, die das machen können. Sie

stehen auf der Straße, haben nichts zu tun. Ich bin überzeugt, dass die Vergabe von Hilfsarbeiten nicht nur im Kampf gegen den Arbeitskräftemangel wichtig ist. Die Sprachübung sowie das Kennenlernen deutscher Kultur würden ebenfalls wesentlich erleichtert und nicht zeitlich aufgeschoben. Auch würde eine Beschäftigung Spannungen zwischen Flüchtlingen und der Gesellschaft sowie unter den Geflüchteten vermeiden. Um Flüchtlinge sofort in Arbeit zu bringen, muss kein Gesetz geändert werden. Aber das Ziel muss von der Bundesregierung politisch durchgesetzt werden, und die Arbeitsagenturen brauchen mehr Geld für die Eingliederung am Arbeitsmarkt.

Vorhabenplanung Bürgerschaftliches Engagement

In einer zusätzlichen Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement hat uns der Parlamentarische Staatssekretär Zierke aus dem Bundesfamilienministerium über die Vorhabenplanung für die 19. Legislaturperiode im Bereich Bürgerschaftliches Engagement informiert.

Darin soll weiterhin ein großes Augenmerk auf die Stärkung guter Rahmenbedingungen und Schaffung stabiler Strukturen für bürgerschaftliches Engagement gelegt werden. Wir wollen die freiwillige Arbeit der Bür-

gerinnen und Bürger herausheben, die Kultur der Anerkennung und Wertschätzung weiter ausbauen. Die Engagementlandschaft in Ostdeutschland soll verbessert und gestärkt werden.

Im Gespräch ist die Einführung von Teilzeitmöglichkeiten für unter 27-jährige in dem Bereich Freiwilligendienste. Es wird über ein FSJ im digitalen Bereich nachgedacht, so dass medienaffine Freiwillige durch zusätzliche Qualifikationen befähigt werden, eigenständig digitale Projekte in sozialen Einrichtungen

zu initiieren.

Über die Gründung einer Engagementstiftung sind wir mit dem Koalitionspartner im Gespräch. Allerdings sehe ich hier bisher auch angesichts der Kosten eines Stiftungsbetriebes keinen besonderen Vorteil. Die dafür geplanten Gelder können besser in vorhandene kommunale Projekte, wie zum Beispiel Freiwilligenagenturen, Sachkosten für Ehrenamtler oder die Aufstockung der Bundesfreiwilligendienste einfließen.